



Interpretationsspielraum, den es zu nutzen gilt

Viele positive Ansätze, aber zu wenig klare Aussagen und in der Wohnungspolitik ein ziemlicher Flopp - so schätzt der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Hessen den Koalitionsvertrag von CDU und Grünen für die kommende Legislaturperiode ein. Das Bündnis #Mietenwahnsinn-Hessen demonstrierte vor dem Landtag.

Auch in der kommenden Legislaturperiode wird es in Hessen keinen wohnungspolitischen Kurswechsel geben. Darauf hat das Bündnis #Mietenwahnsinn-Hessen am Tag der konstituierenden Sitzung des Landtags mit einer Protestaktion aufmerksam gemacht und seine wohnungspolitischen Forderungen bekräftigt.

Unter dem Motto "Nichts als Schall und Rauch" bauten Vertreter*innen des Bündnisses in Wiesbaden direkt an der Bannmeile eine Mauer aus Kartons auf, die mit den Forderungen des Bündnisses beschriftet waren. Vertreter*innen des Bündnisses formulierten in kurzen Statements ihren Protest, nach einer Stunde wurde die Mauer mit Rauchwolken und Getöse zum Einsturz gebracht.

„Die Vereinbarungen, die CDU und Bündnis 90/Die Grünen in ihrem Koalitionsvertrag getroffen haben, sind nichts als Schall und Rauch. Die öffentlichen Investitionen in den sozialen Wohnungsbau und die geplanten Gesetzesänderungen werden nicht ausreichen, um den Mietenwahnsinn in Hessen zu beenden“, so das Bündnis #Mietenwahnsinn-Hessen, das der PARITÄTISCHE Hessen 2018 initiiert hat und zu dem mehr als 40 Mieter*innen-Initiativen, Mietervereine, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Studierendenvertretungen und andere Gruppen gehören, die für ein solidarisches Miteinander einstehen.

Weitere Kritikpunkte des Bündnisses: Die Verlängerung der Kündigungs-

sperrfrist nach Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen von fünf auf acht Jahre reicht nicht aus, um die Gentrifizierung in den Städten zu stoppen. Es bleibt unklar, wie lange die Bindungsfrist von Sozialwohnungen in Zukunft gelten soll. Laut Koalitionsvertrag wird es zur Bekämpfung der Wohnungsnot lediglich ein Förderprogramm von 22.000 neuen Sozialwohnungen bis 2024 geben. Dies ist bei Weitem nicht ausreichend, denn in den vergangenen 20 Jahren gingen in Hessen 90.000 Sozialwohnungen verloren.

Auch die Ansiedlung des Themas Wohnungspolitik im Wirtschaftsministerium lässt befürchten, dass zukünftig die renditeorientierten Investoreninteressen im Mittelpunkt stehen werden. Zwar sollen öffentliche Grundstücke des Landes in Zukunft in der Regel in Konzeptvergabe und nicht zum Höchstpreis veräußert werden und das Erbpachtrecht gestärkt werden. Allerdings bleibt unklar, wie hoch der Anteil an Sozialwohnungen bei der



Nichts als Schall und Rauch: das Bündnis #Mietenwahnsinn-Hessen protestierte gegen die wohnungspolitischen Pläne der neuen Landesregierung. Fotos: Anja Peschke

Konzeptvergabe sein soll. „Von einem wohnungspolitischen Kurswechsel ist die Landesregierung meilenweit entfernt. Auf's Schärfste kritisieren wir, dass nach wie vor keine Landesverordnung gegen Wohnraumzweckentfremdung und spekulativen Leerstand geplant ist. Um unseren Forderungen auch in Zukunft Ausdruck zu verleihen, werden wir unsere Aktivitäten fortsetzen“, so das Bündnis #Mietenwahnsinn-Hessen.

Oftmals vage und unverbindlich

Viele positive Ansätze, aber zu wenig klare Aussagen - so kommentierte der PARITÄTISCHE Hessen den schwarz-grünen Koalitionsvertrag: „Im sozialen Bereich wird an vielen Stellen Bewährtes und Bestehendes zwar gewahrt, aber Neuerungen werden oftmals nur vage und unverbindlich angedacht. Dringend Notwendiges wird an vielen Stellen nicht angegangen“, so Landesgeschäftsführerin Dr. Yasmin Alinaghi.

Der PARITÄTISCHE Hessen begrüßt die Fortführung des Sozialbudgets

und die angekündigte Einführung eines Hessenpasses zur Stärkung der kulturellen Teilhabe einkommensschwacher Menschen. Allerdings fehlt im Konzept für den Hessenpass eine Vergünstigung für den Öffentlichen Nahverkehr. Positiv zu bewerten ist, dass die Position einer/eines Behindertenbeauftragten künftig hauptamtlich besetzt werden soll. Dies ist in anderen Bundesländern bereits Standard und in Hessen überfällig, um der Querschnittsaufgabe Inklusion gerecht zu werden. Bedauerlich ist, dass sich die Landesregierung nicht klar zu einem Wahlrecht für alle bekennt, sondern lediglich ankündigt, die Wahlausschlüsse für Menschen mit Behinderung überprüfen zu wollen.

Im Bereich Gesundheit und Altenhilfe liegt der Schwerpunkt auf medizinischen Versorgungsstrukturen und dem Ausbau der ärztlichen Versorgung. Die demografischen Herausforderung einer älter werdenden Gesellschaft, die wohnortnahe Versorgung von pflegebedürftigen Menschen in ihrem Quartier und die damit einhergehende

Fachkräftesicherung im Pflegebereich kommen im Koalitionsvertrag zu kurz. Zur Verbesserung der Versorgung psychisch erkrankter Menschen will die Landesregierung Krisendienste in jedem Landkreis schaffen. Eine solche Initiierung reicht aber nicht aus. Um eine dauerhafte Tätigkeit leisten zu können, braucht es eine verlässliche Finanzierung der Dienste.

Der PARITÄTISCHE Hessen begrüßt, dass CDU und Grüne ein Integrationsgesetz planen, das mehr Verbindlichkeit in der Migrationspolitik verspricht. Insgesamt findet sich zu diesem Thema im Koalitionsvertrag aber bedauerlicherweise mehr Ordnungsrecht als Humanität. Positiv zu werten ist das angekündigte Landesaufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge.

Sehr kritisch sieht der PARITÄTISCHE dagegen die geplante Straf-Rückführung von als integrationsunwillig eingestuften Flüchtlingen aus den Kommunen zurück in eine Landeseinrichtung. Bei allem Lob für das Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe kommt im Koalitionsvertrag viel zu kurz, dass es dringend mehr hauptamtliche Unterstützung braucht. Es ist absolut enttäuschend, dass darin keinerlei Aussagen zu einer professionellen Migrations- und Flüchtlingsberatung enthalten sind.

Ein Pluspunkt ist, dass sich die Koalitionspartner beim Gewaltschutz für Frauen zu Umsetzung der Istanbul-Konvention bekennen, ebenso wie zur Geschlechterparität in Gremien.

„Der Koalitionsvertrag lässt an vielen Stellen Interpretationsspielraum offen, und wir werden uns in der kommenden Legislaturperiode im konstruktiven Austausch mit der Landesregierung dafür stark machen, dass dieser im Sinne benachteiligter Menschen und zum Ausbau der sozialen Infrastruktur in Hessen genutzt wird“, kündigt Landesgeschäftsführerin Dr. Yasmin Alinaghi an.

bhe

Breit aufgestellt dank EU-Förderung

Ob Praktikum im Ausland oder Wiedereinstieg in den Beruf - der Europäische Sozialfonds (ESF) ermöglicht Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN Hessen zahlreiche Projekte.

„Ich habe sehr viel über den deutschen Arbeitsmarkt gelernt, ich traue mich beruflich viel mehr, weiß jetzt besser was ich kann und was ich will“, sagt Manal Alkallas. Sie ist vor dem Bürgerkrieg in Syrien geflohen und 2015 mit ihrer Familie nach Deutschland gekommen. Mitgebracht hat sie ein abgeschlossenes Studium der englischen Literatur und ein IT-Fernstudium. Seit Mai 2018 hat sie eine Aushilfsjob beim Paritätischen Bildungswerk Bundesverband. Parallel dazu verbessert sie ihre IT-Kenntnisse in dem Projekt New4Job beim Verein beramí, das ein Angebot im NeW Netzwerk Wiedereinstieg ist. Das hessische NeW Netzwerk begleitet seit 2009 Frauen beim beruflichen Wiedereinstieg, derzeit gehören ihm acht Träger an den fünf Standorten Darmstadt, Gießen, Frankfurt, Rüsselsheim und Wiesbaden an. Schwerpunkte der aktuellen Förderperiode 2018/2019 sind „Förderung von berufsbezogenem Deutsch“ und „Digitales Lernen“. Das Netzwerk wird gefördert vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration, dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und regionalen Förderern. In Frankfurt trägt das Frauenreferat der Stadt Frankfurt am Main in den meisten Fällen die Ko-Finanzierung.

„Wir bereiten die Frauen auf die sich wandelnden Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt vor“, sagt Cornelia Goldstein, Koordinatorin des Hessischen Netzwerks bei Verein beramí. Die Angebote beinhalten individuelle Beratung und berufliches Coaching, Qualifizierungsmodule, Trainings und Deutschförderung. Dabei kommen digitale Lernprogramme, Webinare und Lernvideos zum Einsatz. Die Teilnehmerinnen verbessern dabei ihre Medienkompetenzen. Die Förderung läuft in Präsenzphasen und über digitale Lerntools und Webinare. Außerdem bleiben die persönliche Betreuung



Keine Scheu vor dem Computer. Bei Projekt New4Job des Vereins beramí verbessern Frauen ihre IT-Kenntnisse. Foto: beramí

durch die Dozentinnen und Projektleiterinnen ein wichtiger Bestandteil, ebenso wie Bewerbungstrainings sowie Informationen über Themen wie berufliche Selbständigkeit oder Arbeitsrecht.

„Die Angebote sind sehr breit aufgestellt. Sie richten sich unter anderem an niedrigqualifizierte Frauen, geflüchtete Frauen und auch an hochqualifizierte Migrantinnen, deren Berufsabschluss zum Teil in Deutschland nicht anerkannt wird“, berichtet Koordinatorin Goldstein. Wenn sie berufliche Pläne schmieden, hätten Frauen den Berufsbereich Computer und Programmieren meist nicht auf dem Schirm: „Wir beobachten häufig zunächst eine Scheu, sich mit IT-Technik anzufreunden. Aber wenn es erstmal funkt, haben sie sehr viel Spaß daran.“ Die Erfolgsquote bei beramí kann sich sehen lassen, etwa 55 Prozent der Teilnehmerinnen gelingt die Integration in den Arbeitsmarkt.

Allein seit Januar 2015 haben Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN Hessen rund 100 Projekte mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds (ESF) gestartet. Der ESF ist das wichtigste Instrument der EU für die Förderung von Beschäftigung und sozialer Eingliederung. Dafür stellt sie zwischen 2014 und 2020 insgesamt 80 Milliarden Euro bereit, davon 172 Millionen in Hessen. Von 2021 bis 2027 sind europaweit Haushaltsmittel in Höhe von 373 Milliarden Euro vorgesehen.

Vom ESF profitieren insbesondere junge Menschen im Übergang von der Schule ins Arbeitsleben, Arbeitnehmer*innen mit Qualifizierungsbedarf sowie Arbeitslose mit multiplen Vermittlungshemmnissen. Der ESF fördert dabei Projekte, die von den gesetzlichen Regelleistungen nicht abgedeckt werden.

Die Umsetzung des ESF erfolgt dezentral in den Mitgliedstaaten und Regi-

onen. Die Bundesländer und der Bund setzen jeweils eigene Schwerpunkte in ihrer ESF-Förderung. In Hessen unterstützt der ESF 15 Programme zur Förderung des lebenslangen Lernens und sozialer Inklusion sowie der Bekämpfung von Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit und von Armut.

Praktikum im EU-Ausland

Zu den Projekten, die der ESF derzeit in Hessen fördert, gehört auch QuABB (Qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Betrieb und Berufsschule) für das Duale Ausbildungssystem, das im Landkreis Marburg-Biedenkopf seit Januar 2016 von Arbeit und Bildung e.V. umgesetzt wird, einer Mitgliedsorganisation des PARITÄTISCHEN Hessen. Ziel ist es, Ausbildungsabbrüche zu vermeiden, die Quote der faktischen Abbrüche in Hessen zu senken und bei unvermeidbaren Abbrüchen gemeinsam mit den Azubis Anschlussperspektiven zu entwickeln. Die zertifizierten Ausbildungsbegleiterinnen beraten und begleiten Auszubildende, Betriebe, Lehrer*innen, aber auch Eltern im Landkreis Marburg-Biedenkopf.

Bei Arbeit und Bildung e. V. ist auch die Mobilitätsberatung der Hessischen Wirtschaft angesiedelt, die Auszubildende dabei unterstützt, ein Praktikum im EU-Ausland zu machen und ebenfalls vom ESF gefördert wird. „Einen solchen Auslandsaufenthalt kann ich nur jedem ans Herz legen, da man sich nicht nur beruflich, sondern auch persönlich weiterentwickeln kann. Man lernt seine eigenen Stärken und Schwächen besser einzuschätzen und kann sich neuen Situationen schneller anpassen und anderen Menschen mit mehr Toleranz begegnen“, resümiert Katharina Daitsche, Auszubildende zur Industriekauffrau aus Marburg, die vier Wochen in der Nähe von Oxford arbeitete: „Besonders gut hat mir gefallen, dass die Atmosphäre viel lockerer war als in Deutschland. Jeder wurde direkt mit dem Vornamen angesprochen, unabhängig davon welche Position die Person hatte.“

bhe

INFO

Informationen zum Europäischen Sozialfonds in Hessen

<https://www.esf-hessen.de/esf-hessen/der-esf-in-hessen>

Ansprechpartner für Fragen zum ESF beim PARITÄTISCHEN Hessen:

Artur Bernacki
Tel. 069 - 95 52 62 49
artur.bernacki@paritaet-hessen.org
www.paritaet-hessen.org

berami berufliche Integration e.V.
Tel. 069 - 91 30 10-0
kontakt@berami.de
www.berami.de

Arbeit und Bildung e.V.
Tel. 06421 - 9636-0
info@arbeit-und-bildung.de
www.arbeit-und-bildung.de

Neuer Referent Kinder- und Jugendhilfe



Can Durmusoglu ist neuer Referent für Kinder- und Jugendhilfe beim PARITÄTISCHEN Hessen.

Der 29-Jährige hat Erziehungswissenschaften und Soziale Arbeit studiert und war zuvor als Referent im Bereich Freiwilligendienste beschäftigt. Er ist auch für die Koordination des Netzwerks PARITÄTISCHE Fachberatung Kindertageseinrichtungen zuständig und folgt auf Marek Körner, der nach 21 Jahren beim PARITÄTISCHEN Hessen zur Fröbel-Gruppe gewechselt hat, einem freigeinnützigen Träger von Kindertagesstätten.

Abschiebung nach Afghanistan

Unter den 36 Geflüchteten, die im Januar mit der 20. Sammelabschiebung aus Deutschland nach Afghanistan abgeschoben wurden, waren auch zwei Männer aus Hessen. Einer kehrte jedoch nach Deutschland zurück, weil die Behörden in Kabul seine Aufnahme verweigerten. Nach ihrer Einschätzung leidet der Mann an einer psychischen Erkrankung.

Der PARITÄTISCHE Hessen lehnt auch die Abschiebung von Straftätern nach Afghanistan ab, da dies eine unzulässige und höchst umstrittene Vermischung von Straf- und Aufenthaltsrecht bedeutet.

„Das Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit gilt ausnahmslos und damit auch für Straftäter. Wer in Deutschland straffällig wird, muss nach den hier geltenden Gesetzen bestraft werden, so Lea Rosenberg, Referentin Flucht und Asyl beim PARITÄTISCHEN Hessen: „In Afghanistan wird es immer gefährlicher. Das Verbot der Zurückweisung in Länder, in denen Gefahr für Leib und Leben droht, ist in der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) absolut gefasst. Ausnahmen für Straftäter sind nicht vorgesehen.“

„Wenn die hessische Landesregierung nicht alle Abschiebungen nach Afghanistan ausnahmslos stoppt, so sollte sie klar definieren, bei welchen Taten und ab welcher Strafhöhe sie diese Maßnahme für gerechtfertigt hält“, fordert Landesgeschäftsführerin Dr. Yasmin Alinaghi. Oft wird suggeriert, es seien nur Schwerverbrecher betroffen, was der Stigmatisierung einer ganzen Gruppe Geflüchteter Vorschub leistet und nach Erkenntnis des PARITÄTISCHEN unzutreffend ist. Demnach hat in der Vergangenheit auch schon Diebstahl zur Abschiebungen nach Kabul geführt, was völlig unverhältnismäßig ist.

bhe